

Kalter Wind in der Pflege - CARE Klima-Index 2017

Die Ergebnisse des ersten CARE Klima-Index 2017 zeigen: Die Pflege fühlt sich im Stich gelassen.

„Es herrscht eine unterkühlte Stimmung in der Pflegebranche“, so fasst Stephanie Hollaus, Leiterin der nationalen Marktforschungsabteilung bei Psyma Health & CARE und Projektverantwortliche des ersten CARE Klima-Index Deutschland, die Ergebnisse zusammen.

Befragt wurden nicht nur beruflich Pflegende, sondern auch Vertreter/innen des Pflegemanagements, pflegende Angehörige, Patienten, Haus- und Fachärzte sowie Apotheker/innen, Kostenträger, Vertreter/innen der Industrie sowie Kommunen und Verbände.

Der CARE Klima-Index soll in Zukunft jährlich die Veränderungen im Stimmungsbild der in der Pflege agierenden Akteure aufzeigen und Handlungsfelder sowie Herausforderungen ermitteln. Konzipiert und realisiert wurde der CARE Klima-Index von dem unabhängigen Institut Psyma Health & CARE GmbH in Kooperation mit dem Deutschen Pflegerat e.V. und der Schlüterschen Verlagsgesellschaft als Veranstalter des Deutschen Pflegetags. » Hier erfahren Sie mehr zum Care Klima-Index: https://deutscher-pflegetag.de/presse/pressemitteilungen/kalter-wind-der-pflege-care-klima-index-2017?utm_source=DPT_newsletter&utm_medium=newsletter&utm_content=deutscher-pflegetag.de&utm_campaign=20180116

Quelle: Newsletter Deutscher Pflegetag, 16.01.2018

Sondierungsergebnis greift bei der Pflege viel zu kurz:

Appell an die Koalitionäre: Paradigmenwechsel in der Pflege jetzt wagen

Deutschland ist Pflegenotstandsland – und trotzdem kommen die Sondierungsgespräche über das Klein-Klein der Pflegepolitik nicht hinaus. Um die enormen Herausforderungen zu bewältigen braucht es eine langfristige Strategie und einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Pflegeversicherung. Dazu macht die Initiative Pro-Pflegereform konkrete Vorschläge, die nach einem vielbeachteten Gutachten von Prof. Dr. Heinz Rothgang auch umsetzbar sind.

CDU/CSU und SPD haben die Sondierungsgespräche abgeschlossen. Beim Thema Pflege greifen die Ergebnisse aber viel zu kurz. Die in Aussicht gestellten Maßnahmen sind kostspielig und werden ohne große Wirkung verpuffen. „Deshalb fordert die Initiative, die Chance einer neuen GroKo zu nutzen und die Pflegeversicherung grundlegend zu reformieren“, sagt Bernhard Schneider, Hauptgeschäftsführer der Evangelischen Heimstiftung (EHS) und Sprecher der Initiative.

Wer eine wirkliche Verbesserung für Pflegebedürftige und Pflegende will, muss die Pflegeversicherung strukturell so verändern, dass die pflegebedingten Kosten für alle Pflegebedürftigen finanzierbar sind und zwar unabhängig davon, ob sie nun zu Hause, im Betreuten Wohnen oder in einem Pflegeheim leben. „Dabei geht es uns nicht um die einfache Forderung ‚nach mehr Geld für das System‘, sondern um einen echten Systemwechsel, der die starren Strukturen aufbricht, innovative Pflegearrangements befördert und Pflege wieder für alle bezahlbar macht“, erklärt Schneider.

Das Reformgutachten von Prof. Dr. Heinz Rothgang vom 18.05.2017 hat gezeigt, dass die Kernforderungen der Initiative Pro-Pflegereform nach Abbau der Sektorengrenzen und Einführung einer Pflegevollversicherung mit fixem Eigenanteil möglich und finanzierbar sind. Zum einen muss die bisherige Trennung in einen ambulanten und stationären Sektor vollständig überwunden werden. Pflege ist zukünftig nach dem Prinzip „Wohnen und Pflege“ zu organisieren. Zum anderen muss die bisherige Pflegeteilversicherung zu einer „Pflegevollversicherung mit fixem Eigenanteil“ weiterentwickelt werden, damit Pflegebedürftigkeit für jeden bezahlbar wird.

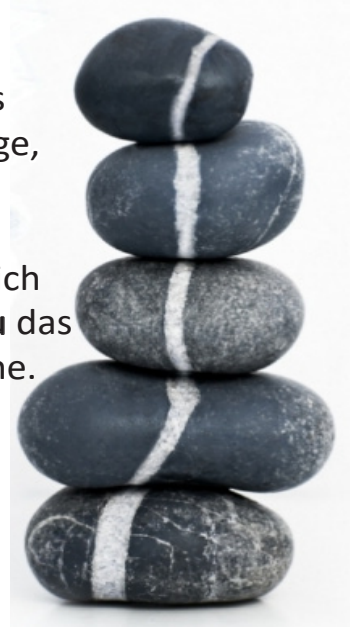
Strukturveränderung lässt sich im ersten Schritt finanzneutral umsetzen

Das Gutachten zeigt, wie die Sektorengrenzen und die Unterschiede zwischen stationärer und ambulanter Pflege abgebaut werden können. Denn es ist ungerecht, wenn der Lebensort die Leistungen der Pflegekasse bestimmt. Stattdessen kann die Pflege leistungsrechtlich und leistungserbringungsrechtlich nach denselben Regeln funktionieren, unabhängig davon, wo die Pflegebedürftigen wohnen. So wird Pflege nicht mehr entlang der Trennlinie ambulant/stationär, sondern über Wohnen/Pflege organisiert. „Für die Leistungserbringung, aber auch für Pflegebedürftige und Pflegedienste kann mit diesem Paradigmenwechsel endlich der Knoten der sektoralen Lähmung durchschlagen werden“, sagt Schneider.

Allen Koalitionären die in erster Linie finanzielle Aspekte in die Verhandlungen mitnehmen, sei versichert, dass dieses erste und innovative Reformszenario keine Mehrkosten verursacht. „Wir bieten ein Reformszenario, das nichts kostet und trotzdem die Innovationsbremse löst, Pflegeleistungen flexibler macht, Angehörigenpflege auch im Pflegeheim ermöglicht. Diese Chance können sich die nächste Bundesregierung nicht entgehen lassen“, sagt Schneider.

Tu erst das
Notwendige,
dann das
Mögliche,
und plötzlich
schaffst du das
Unmögliche.

Franz von Assisi



„Sockel-Spitze-Tausch“ – die neue Pflegeversicherung mit Eigenanteil

In einem zweiten Schritt bietet das Gutachten auch eine Lösung für das hohe Armutsrisko in der Pflege. Denn mehr als 450.000 Pflegebedürftige sind auf Sozialhilfe angewiesen, weil die Pflegeversicherung nur einen sog. Sockelbetrag der Pflegekosten zahlt. Die restlichen, notwendigen Leistungen zahlt der Versicherte selbst. „Und weil er eben nicht weiß, wie hoch diese Kosten sind und wie lange sie anfallen, kann er sie auch nicht versichern“, erklärt Schneider. Das Reformgutachten untersucht deshalb im zweiten Szenario, wie das finanzielle Risiko des Einzelnen aufgehoben werden kann und bietet mit dem „Sockel-Spitze-Tausch“ einen hochinteressanten Lösungsansatz.

Demnach bezahlen die Versicherten zukünftig einen festen Sockelbetrag (Eigenanteil) und die Pflegeversicherung übernimmt alle darüber hinausgehenden, notwendigen Pflegekosten. Mit der Einführung einer Karenzzeit kann dieser Eigenanteil zeitlich fixiert und so in der Höhe zuverlässig berechnet werden. Je nach koalitionspolitischer Großwetterlage kann der Eigenanteil für die Versicherten von Null bis 400 Euro festgesetzt werden. Ein bedeutender Vorteil des Szenarios ist: Der Eigenanteil wird kalkulierbar, kann so abgesichert werden und mindert damit das Risiko der Altersarmut.

Strukturreform stößt auf breite Zustimmung – Pflegekräfte erwarten Umsetzung

Das Reformgutachten wird derzeit bundesweit breit diskutiert. „Was uns gerade Pflegekräfte immer wieder fragen ist, warum die Reformvorschläge nicht schon umgesetzt werden“, berichtet Schneider, „obwohl sie doch genau dort ansetzen, wo das eigentliche Problem liegt“. Denn die Initiative Pro-Pflegereform hat die Vision einer neuen und besseren Pflegeversicherung und das Gutachten von Prof. Rothgang zeigt, wie sie funktionieren kann. „Nach über 20 Jahren Pflegeversicherung wird es endlich Zeit, einen weiteren mutigen Reformschritt zu machen“, sagt Schneider, „die drei Koalitionsparteien haben die Chance und mit dem Reformgutachten auch das Rezept dafür“. Nun gilt es, zu handeln.

Quelle: Pressemitteilung Initiative zur Reform der Pflegeversicherung, 16.01.2018

DBfK-Pressmitteilung: Die professionelle Pflege fordert glaubwürdige politische Zusagen!

Berlin, 16.01.2018 - Die professionell Pflegenden in Deutschland fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Die detaillierten Umfrageergebnisse des Care-Klima-Index 2017, die heute in Berlin vorgestellt wurden, sprechen eine sehr deutliche Sprache. „Leider haben die politisch Verantwortlichen die Belange der beruflich Pflegenden seit vielen Jahren sträflich vernachlässigt. Lange hat man Pflege politisch fast vollständig zur Nebensache erklärt – wohl in der Erwartung, irgendwie werde es trotzdem funktionieren“, sagt Johanna Knüppel, Sprecherin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK). „Eine künftige Regierung, die es ernst meint mit ihrer Verantwortung für die Zukunft der Pflege im Land und die den deutschen Pflegenotstand beheben will, muss zuallererst um das Vertrauen der beruflich Pflegenden werben. Das wurde gründlich verspielt in den zurückliegenden Jahren. Ohne die professionelle Pflege werden alle Strategien ins Leere laufen. Gemeinsam mit den Interessenvertretern der Pflegeberufe muss die Politik Lösungswege einschlagen, die weit über das hinausgehen, wovon bisher auch nur die Rede war. Verpflichtende Pflegepersonaluntergrenzen in allen bettenführenden Bereichen, erhebliche Investitionen in Pflegefachpersonalkapazität und moderne Berufsbildung auf europäischem Niveau sind da nur ein erster Anfang! Wir brauchen in Deutschland ein neues Denken und weitreichende Reformen in der Gestaltung von Gesundheitsversorgung. Es gilt, andere und komplexere Anforderungen zu erfüllen als in der Vergangenheit. Das gelingt nur, wenn die herkömmlichen Strukturen auf den Prüfstand kommen und innovative Konzepte eine Chance erhalten. Die Pflegeberufe erwarten, dass ihr Potenzial sinnvoller genutzt wird als bisher, und dass die Leistung und Kompetenz, die sie zum Gesamtgeschehen beitragen, anerkannt und respektiert werden.“

In der vergangenen Legislaturperiode wurden zwar Reformen eingeleitet, aber eher halbherzig oder mit überlangen Übergangszeiten. Von einer immer wieder versprochenen Verbesserung ihrer seit langem hochbelastenden Arbeitsbedingungen haben die Pflegenden bislang nichts gesehen. Und wenn jetzt als Ergebnis der Sondierungsgespräche „sofortige und spürbare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen“, „Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung“, „Förderung zusätzlicher Stellen“, „Tarifgehälter in der Altenpflege“ und „eine bessere Gesundheitsvorsorge für die Beschäftigten“ in Aussicht gestellt werden, sorgt das allenfalls für sarkastische Kommentare in der Berufsgruppe. Die Reaktion der Pflegenden auf solch abgenutzte Versprechen ist bezeichnend und in den sozialen Medien nachzulesen. In Koalitionsverhandlungen müsste ganz erheblich nachgelegt werden!

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK), Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Tel.: 030-2191570, Fax: 030-21915777, dbfk@dbfk.de, www.dbfk.de

Expertentagung: Multiprofessionelle Versorgung chronisch kranker Menschen

Am 23. und 24. April 2018 geht es an der Uni Witten/Herdecke um die Versorgung von Menschen mit Demenz und anderen chronischen Erkrankungen

Experten aus unterschiedlichen Berufen treffen sich am 23. und 24. April an der Universität Witten/Herdecke (UW/H), um die Versorgung von Menschen mit Demenz oder anderen chronischen Krankheiten zu verbessern. Zu deren Versorgung müssen Architekten, Städteplaner, Pflegenden und weitere Berufsgruppen beitragen, damit sie optimal klappt. „Demenz ist nicht nur ein medizinisches Syndrom, es geht auch um Lebens-, Wohn-, Unterstützungs- und Versorgungsmöglichkeiten“, erklärt die Veranstalterin, Prof. Dr. Ulrike Höhmann, die an der UW/H den Lehrstuhl für multiprofessionelle Versorgung chronisch kranker Menschen inne hat, die Idee. „Mit welchen Versorgungsstrategien können wir den Patienten den nötigen Schutz und größtmögliche Selbständigkeit geben, wie können wir ihren Krankheitsverlauf positiv beeinflussen und Familien beim Ausbalancieren des Alltags mit der Krankheit unterstützen? Das sind die Fragen auf der Tagung.“

Insbesondere die Mitarbeiter in den unterschiedlichen Einrichtungen stehen vor großen Herausforderungen und permanentem Innovationsdruck. Die Tagung unter dem Motto „Innovation: multiprofessionell, praxisnah umsetzbar“ zeigt, dass in allen Versorgungsbereichen auch kleine, aber wohldurchdachte und wissenschaftlich fundierte Interventionen auf effiziente Weise das Leben von Betroffenen verbessern, die Arbeit von Mitarbeitern erleichtern und die Versorgungsqualität erhöhen können. Die Tagung wird veranstaltet vom Lehrstuhl für multiprofessionelle Versorgung chronisch kranker Menschen, Prof. Dr. Ulrike Höhmann und Team in Kooperation mit dem Masterstudiengang „Multiprofessionelle Versorgung von Menschen mit Demenz und chronischen Einschränkungen“ der Universität Witten/Herdecke. Die Arbeiten und Tagung werden gefördert von der Robert Bosch Stiftung.

Den Flyer der Veranstaltung mit weiteren Informationen können Sie herunterladen unter:

https://www.uni-wh.de/fileadmin/user_upload/01_Uni/08_Presse/2018/1.Quartal/Together_Everyone_Achieves_More.pdf

Sofortprogramm für Krankenhauspflege

Berlin: (hib/PK) Die Grünen-Fraktion fordert ein Sofortprogramm in Höhe von 1,3 Milliarden Euro im Jahr für mehr Pflegepersonal in den Krankenhäusern. Die auch im internationalen Vergleich sehr hohe Personalbelastung in einem Großteil der Krankenhäuser erfordere schnell wirksame Maßnahmen, heißt es in einem Antrag (19/447) der Fraktion.

Eine angemessene Pflegepersonalausstattung im Krankenhaus sei für die Qualität der stationären Versorgung, für den Patientenschutz und die Arbeitssituation der Beschäftigten unabdingbar. Die geplante Festlegung von Personaluntergrenzen in besonders pflegeintensiven Bereichen reiche nicht aus. Um das Personal zu entlasten, Patientensicherheit und Pflegequalität zu gewährleisten sowie die Attraktivität des Pflegeberufes zu steigern, müssten schnell weitreichende Initiativen ergriffen werden.

Neben dem Sofortprogramm zur Förderung zusätzlicher Pflegekräfte fordern die Abgeordneten auch, verbindliche Personalbemessungsinstrumente für die gesamte pflegerische Versorgung im Krankenhaus zu entwickeln, die sich am individuellen Pflegebedarf der Patienten orientieren.

Quelle: Heute im Bundestag Nr. 22, 17.01.2018

ZQP Presseinformation: Neues Internetportal bietet Rat und Hilfe gegen Gewalt in der Pflege

Das Internetangebot des ZQP gibt Pflegebedürftigen, Angehörigen und Pflegekräften gesicherte Informationen dazu, wie man Gewalt in der Pflege erkennen und vorbeugen kann. Zudem findet man Telefonkontakte zu Beratungsangeboten deutschlandweit, die Betroffenen weiterhelfen können.

Berlin, 17. Januar 2018. Gewalt in der Pflege betrifft Pflegebedürftige, Angehörige sowie Pflegekräfte und ist kein Einzelfall. In einer Untersuchung des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) gab etwa ein Drittel der Befragten mit Pflegeerfahrung an, sich schon unangemessen in der Pflege verhalten zu haben. 40 Prozent berichteten, mit aggressivem Verhalten von Pflegebedürftigen konfrontiert worden zu sein. Von interviewten Pflegekräften äußerten 47 Prozent, dass Pflegeheime durch Gewalt und Aggression vor ganz besondere Herausforderungen gestellt sind.

„Gewalt in der Pflege ist keine Ausnahme. Sie hat viele Gesichter und fängt nicht erst beim Schlagen an. Wir haben es dabei mit einem immensen Problemfeld zu tun, über das ungern gesprochen wird“, erklärt Dr. Ralf Suhr, Vorstandsvorsitzender des ZQP. „Dabei könnte Vieles verhindert werden, wenn die notwendige Sensibilität und das Wissen über das Thema stärker ausgeprägt wären“, ist Suhr überzeugt.

Darum hat die gemeinnützige Stiftung heute ihr neues, kostenloses Onlineangebot www.pflege-gewalt.de in Berlin vorgestellt. Das Portal ist bundesweit einzigartig und richtet sich gleichermaßen an Interessierte ohne Vorwissen wie an Fachleute. Es bietet multimediale Informationselemente sowie prägnante, wissenschaftlich und pflegfachlich fundierte Texte zum Beispiel zu Häufigkeit, Erscheinungsformen und Anzeichen von Gewalt. Zudem gibt es konkrete Tipps zur Gewaltprävention in der Pflege. Alle Inhalte basieren auf aktuellem Wissen. Sie sind allgemein verständlich, übersichtlich und barrierearm aufbereitet.

Zudem finden Menschen in Krisensituationen auf der Webseite schnell die Kontaktdaten zu telefonischen Beratungseinrichtungen, die einen inhaltlichen Schwerpunkt auf dem Thema Gewalt in der Pflege haben. Dort kann anrufen, wer als Opfer von Gewalt Rat sucht – aber auch, wer als Pfleger in einer schwierigen Pflegesituation ist und Sorge hat, selbst die Kontrolle zu verlieren.

„Gerade bei dem Thema Gewalt ist es häufig nicht leicht, sich jemandem anzuvertrauen und über seine persönlichen Erfahrungen zu sprechen. Daher sind telefonische Angebote für viele Menschen sicherlich eine erste gute Kontaktmöglichkeit“, so der Vorstandsvorsitzende der Stiftung weiter.

Gewalt kann sich gegen alle Beteiligten in der Pflege richten – und von allen Beteiligten ausgeübt werden. Dabei muss es sich nicht um eine Straftat handeln und nicht einmal böswillig geschehen. Besonders Pflegebedürftige sind in einer schwierigen Lage, wenn sie Opfer werden. Sie sind nämlich von ihren Helfern oft abhängig, wissen nicht wem sie sich anvertrauen sollen und können sich gerade bei weiter fortgeschrittenem Pflegebedarf oft nur schwer mitteilen. Neben ruppigem Anfassen, Schubsen oder Schlagen bedeutet Gewalt auch, jemanden lange auf Hilfe warten zu lassen, ihn zum Essen zu zwingen, ihn anzuschreien, ihn zu beschämen oder seine Freiheit zu entziehen, etwa indem er eingeschlossen, mit Gurten fixiert oder mithilfe von Medikamenten ruhig gestellt wird.

Suhr fordert zudem: „Neben der Pflege selbst ist auch die Politik in der kommenden Legislaturperiode gefordert. Sie muss

Strukturen in der Pflege stärken, die Gewaltprävention begünstigen und Gewaltrisiken vermindern. Das ist eine Grundbedingung für gute Pflegequalität. Pflege ohne Gewalt sind wir all denjenigen schuldig, die oft hilflos und manchmal verzweifelt auf gute Pflege in Deutschland hoffen. Und wir sind es auch denjenigen schuldig, die sich für die gute Versorgung pflegebedürftiger Menschen einsetzen – ob beruflich oder privat.“

Das neue ZQP-Portal zur Gewaltprävention finden Sie unter www.pflege-gewalt.de.

INTERESSANTE TAGUNGEN/KONGRESSE:

BMC-Kongress 2018 - „Managed Care im digitalen Zeitalter“

23. und 24. Januar 2018 in Berlin

Infos unter: bmckongress.de

Christlicher Gesundheitskongress

25.-27.01.2018; Kassel

Infos und Anmeldung unter: <http://www.christlicher-gesundheitskongress.de/program.html>

20. Netzwerk-Workshop des DNQP: 2. Aktualisierung des Expertenstandards „Dekubitusprophylaxe in der Pflege“

02. März 2018, Langenbeck-Virchow-Haus (LVH) in Berlin,

Veranstalter: Deutsches Netzwerk für Qualitätsentwicklung in der Pflege (DNQP) an der Hochschule Osnabrück

Anmeldung: Online-Anmeldung unter www.dnqp.de/veranstaltungen/

ALTENPFLEGE Hannover, Leitmesse der Pflegewirtschaft

06.03.2018 - 08.03.2018, Hannover, Deutschland

Infos unter: http://altenpflege-messe.de/ap_home_de

Zukunftstag ALTENPFLEGE

06.-08.03.2018 im Rahmen der Leitmesse Altenpflege 2018

Infos und Anmeldung unter: <http://www.zukunftstag-altenpflege.de/anmeldung2018/>

„Angst vor der Angst?

Interdisziplinärer Umgang mit Ängsten in der Palliativversorgung“

14. März 2018 im Hanns-Lilje-Haus, Hannover.

Details können Sie dem Programm-Flyer entnehmen, den Sie unter dem folgenden Link finden:

<http://www.zfg-hannover.de/dms/zfg/programme/tagungen/2018-Angst-vor-der-Angst/20180314%20Coors%20Angst%20vor%20der%20Angst.pdf?1513585149>

Deutscher Pfl egetag, 15.03 - 17.03.2018, Berlin

Infos unter: www.deutscher-pflegetag.de

Pflegetag Rheinland-Pfalz 2018, 17. April 2018 / Rheingoldhalle Mainz

Infos unter: <http://www.pflegetag-rlp.de/index.php/startseite.html>

Together Everyone Achieves More

– Innovationen: multiprofessionell, praxisnah, umsetzbar

23. & 24. April 2018, Universität Witten / Herdecke (Audimax) Alfred-Herrhausen-Straße 50, 58448 Witten

Infos unter:

https://www.uni-wh.de/fileadmin/user_upload/01_Uni/08_Presse/2018/1.Quartal/Together_Everyone_Achieves_More.pdf

Als Betreiber dieses Angebotes übernehmen wir keine Haftung für den Inhalt verlinkter externer Internetseiten
